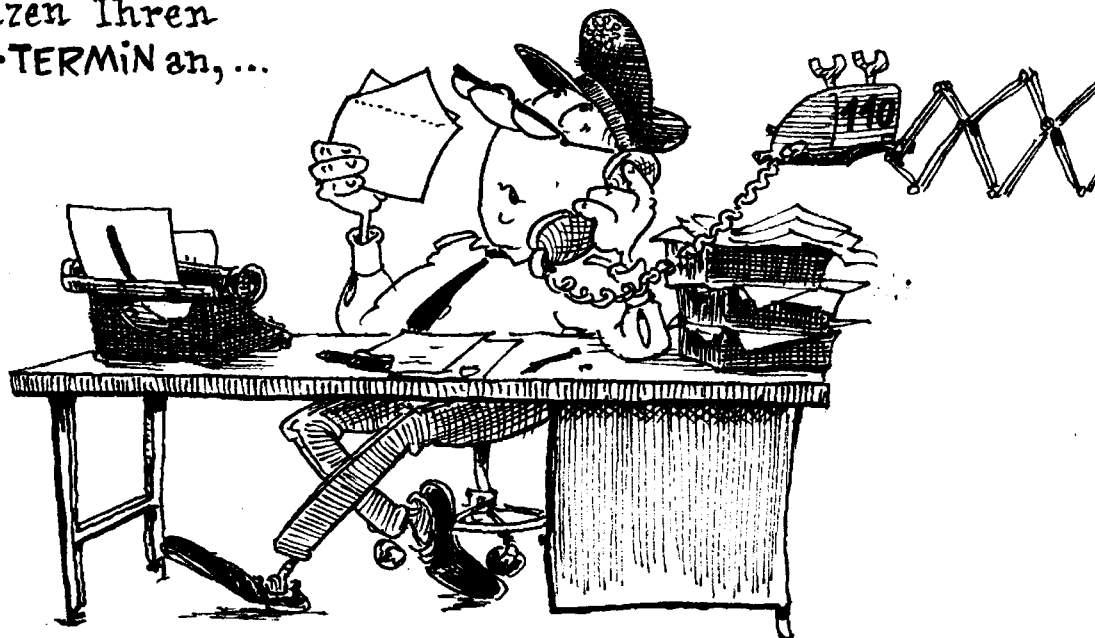


Hertener ALLGEMEINE 18 Okt. 2008

HERTEN

...ja, wir kommen so schnell wie möglich: Ich schicke Ihnen jetzt unser Einsatz-Formular zu, das füllen Sie bitte aus, kreuzen Ihren WUNSCH-TERMIN an, ...



Voller Einsatz: Nein, zu wenig Polizei gibt es natürlich nicht in Herten. Das ist alles nur eine Frage der richtigen Koordination. Samstags abends einen Einbruch melden? Ganz schlecht. Da sind die Beamten schon mit den Rowdies in der Innenstadt gut ausgelastet. Aber sonntags vormittags, wenn die Chaoten ihren Rausch ausschlafen und die Einbrecher die Beute des nächtlichen Raubzugs zählen, dann wäre noch ein Motorradpolizist verfügbar. Aber nur einer. Und bitteschön die frühzeitige Bestellung nicht vergessen...

—KARIKATUR: ULI QUESTE

UBP unterstützt Paetzel

Partei beklagt falsche Sicherheitspolitik / „Straßenkriminalität gestiegen“

HERTEN. (BMH) Die UBP-Ratsfraktion begrüßt den Protestbrief von Bürgermeister Dr. Uli Paetzel (SPD) an Polizeipräsidentin Dr. Katharina Giere.

Wie berichtet, hatte sich Dr. Paetzel über die langen Reaktionszeiten der Polizei beklagt und die Behörden-Chefin aufgefordert zu handeln. „Wir als UBP werden Herrn Paetzel unterstützen, wenn er Verände-

rungen will“, schreibt Fraktionsvorsitzender Tobias Köller in einer Stellungnahme. Er stellt aber auch klar, dass man weiter auf Fehlentwicklungen hinweisen werde, sollte der Protest wirkungslos bleiben.

Ferner fragt Köller, ob der Bürgermeister persönlich hinter dem Schreiben steht oder ob es sich eher um Wahlkampf handelt. „Wir haben mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass es um die Si-

cherheit in Herten nicht gut bestellt ist. Die Straßenkriminalität hat im letzten Jahr um 6,8 Prozent zugenommen.“ Doch Dr. Paetzel habe in Rats- und Ausschusssitzungen immer wieder bemerkt, dass Herten bei der Kriminalität besser dastehe als andere Städte. Dies, so Köller, sei eine „bewusste Verharmlosung.“

Auch zu Dr. Paetzels Sorge, die Polizei-Debatte spiele „poli-

ten Rand fischen“, in die Hände, nimmt Köller Stellung: „Der Bürgermeister hätte uns als UBP auch direkt ansprechen können, wenn er sonst doch Herr der klaren Worte sein will!“ Die UBP spiele nicht mit der Angst der Menschen, sondern weise auf Fehlentwicklungen hin. Bei der Hertener Sicherheitspolitik sei viel falsch gelaufen.

—siehe „Die Woche“ und Karikatur

DIE WOCHE

Zu späte Hilfe ist keine Hilfe

Sparmaßnahmen bei der Polizei sind nicht mehr hinnehmbar, meint **Gregor Spohr**

„Zu späte Hilfe ist keine Hilfe“, sagte meine Oma gerne.

Es war einmal eine Polizei, die hatte nicht nur die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, sie nahm diese Aufgabe auch tatsächlich wahr. Sie war zur Stelle, wenn man sie rief. Schnell. „Die Polizei, Dein Freund und Helfer“, hieß das damals. Aber das ist längst ein Märchen aus grauer Vorzeit.

Der aktuelle Fall, bei dem ein Passant in der Fußgängerzone junge Verkehrsrowdies stoppte und auf die zu Hilfe gerufene Polizei sage und schreibe 20 Minuten warten musste, ist typisch für die aktuelle Situation. Immer weniger Polizeibeamte, immer weniger Präsenz vor Ort: Da muss man sich nicht wundern, dass die Menschen das Gefühl haben, die Sicherheit und Ordnung sei nicht mehr gewährleistet.

Jaja, werte Frau Polizeipräsidentin, jetzt kommt vermutlich wieder der Hinweis, Herten schneide in der Statistik der Delikte doch im Vergleich zu anderen Städten noch ganz gut ab. Mag ja sein. Daraus darf man aber bitteschön doch nicht schließen, alles sei in Butter. Es ist doch makaber, dass die Stadtverwaltung fast ein Dutzend eigene „Schwarze Sheriffs“ einstellen muss, um Kleinkriminelle abzuschrecken.

Und wenn dann mal ein Passant den Mut hat, sich Verkehrsrowdies in der Fußgängerzone in den Weg zu stellen, lässt ihn die „Polizei, Dein Freund und Helfer“ hängen. „Es gab keine Verletzten, es musste niemand verfolgt werden“, begründet ein Polizeisprecher das Schnecken tempo.

Bravo! Da fühlt man sich ja richtig gut aufgehoben. Fehlt nur, dass demnächst noch die Wache am Wilhelmsplatz weggespart wird. Das würde in dieses gefährliche System von Sparmaßnahmen und Umstrukturierungen passen, die uns und den Beamten vor Ort zugemutet werden.

Wo viele tanzen, da ist viel Staub

Der Protestbrief von Bürgermeister Dr. Paetzel an die Polizeipräsidentin Dr. Giere ist ein wichtiges Signal. Die Politiker müssen den Druck erhöhen. 20 Minuten Fahrt zum Einsatzort sind inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen.

Ach ja, und dann war da ja noch die SPD, die sich in Herten-Nord neu formiert hat. An der Spitze 45 Vorstandsmitglieder – damit könnte man ins Guinness Buch der Rekorde kommen. In diesem Fall hätte meine Oma gesagt: „Wo viele tanzen, da ist viel Staub.“

UBP stellt Kandidaten für die Kommunalwahl auf

Partei formuliert ehrgeizige Ziele / „10 Prozent plus X“

HERTEN. (maw) Mit ehrgeizigen Zielen stürzt sich die UPB (Unabhängige Bürgerpartei) in die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2009. „10 Prozent plus X“ lautet das ehrgeizige Ziel. In einer Mitgliederversammlung wurden nun die Kandidaten nominiert.

Besonders stolz ist die Partei darauf, in jedem der 22 Wahlbezirke einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken. Nicht alle davon sind jedoch UPB-Mitglieder. „Wir brauchen die Sachkenntnis dieser Bürger“, begründet dies der Vorsitzende der UPB-Ratsfraktion, Tobias Köller. Er selbst wird wegen eines Umzugs nach Recklinghausen bei der Wahl nicht mehr antreten. Stadtverbands-Vorsitzender

Borsu Alinaghi erklärt: „Wir machen uns durchaus Hoffnungen, einen der Wahlkreise direkt zu gewinnen“. Gemeint ist hierbei der Wahlkreis sieben in Langenbochum, in dem sich die UPB-Bürgermeisterkandidatin

Kerstin Bongers zur Wahl stellt. Überhaupt verspricht man sich von ihrer Kandidatur eine ganze Menge: „Unser Ziel ist es, die Kandidatin der CDU zu schlagen“, sagt Tobias Köller (die parteilose Anke Flemming wird von CDU und DP unterstützt).

Außerdem stellte die UPB ihre Reserveliste für die Wahl auf. Entsprechend der Stimmenanteile werden von dieser 5-köpfigen Liste UPB-Mitglieder in den Rat entsandt. angeführt wird sie von einem Spitzenquintett“, wie Tobias Köller es nennt. Ganz oben steht Borsu Alinaghi, gefolgt von Lars Radziej, Kerstin Bongers, Thomas Remus und Gerd Kroll.

Sowohl der Partei- als auch der Fraktionsvorsitzende hielten in der Mitgliederversammlung kämpferische Re-



Das „Spitzenquintett“ der UPB: (v.l.) Borsu Alinaghi, Lars Radziej, Kerstin Bongers, Thomas Remus, Gerd Kroll.

—FOTO: WASCHK

Die Kandidaten der UPB

(maw) Mit diesem Personal geht die UPB in die Kommunalwahl 2009:

◆ Reserveliste:

1. Borsu Alinaghi, 2. Lars Radziej, 3. Kerstin Bongers, 4. Thomas Remus, 5. Gerd Kroll, 6. Heinrich Albers, 7. Monika Köller, 8. Katja Köper, 9. Wilhelm Rüdiger Kowallek, 10. Erhard Hofer, 11. Angelika Otto, 12. Heinz Radziej, 13. Mirco Wisniewski, 14. Jutta Schemberg, 15. Rosemarie Rolke.

den. „Unser Programm ist der Bürger“, sagte Alinaghi vor den etwa 20 Parteifreunden und nannte die Bildungspolitik als einen der Schwerpunkte im UPB-Konzept: „Trotz aller Kritik bleiben wir dabei: Kinder sollen nur mit entsprechenden Deutschkenntnissen eingeschult werden“.

Köller bemerkte im Blick auf

◆ Die Direktkandidaten für die Wahlbezirke 1-22:

1. Erika Riepe, 2. Günther Riepe, 3. Angelika Otto, 4. Erhard Hofer, 5. Ilka Remus, 6. Rosemarie Rolke, 7. Kerstin Bongers, 8. Toni Gaßmann, 9. Katja Köper, 10. Mirco Wisniewski, 11. Maria Kipka, 12. Wilhelm Rüdiger Kowallek, 13. Gerd Kroll, 14. Borsu Alinaghi, 15. Heinz Radziej, 16. Monika Köller, 17. Heinrich Albers, 18. Knut Berndt, 19. Thomas Remus, 20. Jutta Schemberg, 21. Lars Radziej, 22. Katharina Radziej.

die Diskussion um UPB-Flugblätter, die in Disteln verteilt wurden und die Beschwerde des Ehepaars Mauelshagen (die **HERTENER ALLGEMEINE** berichtete): „Wir lassen uns nicht von negativen Presseartikeln und auch nicht von irgendwelchen Gutmenschen, die hier herumlaufen, unterkriegen.“

Pressespiegel aus den Ruhrbaronen

Thema: Die UBP

Zusammenfassung Pro-Herten;
Joachim Jürgens Stand:26.08.2009

19:26



Foto: Wahlplakat der UBP - am Laternenmast vor meinem Haus(JJ)

Inhalt

Drogengerüchte um UBP Kandidat	2
Es gibt augenblicklich 12 Kommentare zu dieser Veröffentlichung.....	4
Biedermanni mit Gerichtserfahrung	8
Es gibt augenblicklich 9 Kommentare zu dieser Veröffentlichung.....	9
Rechtspopulisten wollen Kinder in Sonderschulen abschieben.....	12
Es gibt augenblicklich 14 Kommentare zu dieser Veröffentlichung.....	13

Drogengerüchte um UBP Kandidat

Veröffentlicht: [Stefan Laurin](#) | 24. August 2009

Der Vorstand der Unabhängigen-Bürger-Partei



Vorsitzender:
Borsu Alinaghi

Geb.: 16.06.1972

Inhaber und Geschäftsführ

e-Mail: alinaghi@ubp-herte

[Lebenlauf](#)

Die Unabhängige Bürgerpartei (UBP) versucht mit Angst vor Kriminellen und Migranten im nördlichen Ruhrgebiet Stimmen zu sammeln. Um einen Ihrer Kandidaten gibt das Gerücht, er hätte in seiner Jugend mit Drogen gehandelt. Beweisen kann das niemand.

Ausschnitt: UBP-Homepage

2009 ist das Jahr, in dem rechtspopulistische Parteien versuchen in der Breite in die Kommunalparlamente Nordrhein-Westfalens einzuziehen. Jenseits der plumpen Parolen von NPD und DVU versuchen sie durch betont bürgerliches Auftreten und das Betonen von Anstand, Sitte und Gesetzestreue Zweifel an ihrer politischen Ausrichtung zu zerstreuen. Die bekannteste dieser Parteien ist Pro NRW. Sie ist das Projekt des ehemaligen Republikaners Marcus Beisicht und wird neben Köln, wo sie bereits im Rat vertreten ist, auch in über 30 anderen Kommunen zur Wahl antreten. Mit dabei ist Gelsenkirchen, wo mit Kevin Gareth Hauer ein ehemaliger Republikaner versucht, mit Angst vor Kriminalität und Migranten Stimmen zu sammeln. Bei der Landtagswahl im kommenden Jahr will Pro NRW in den Düsseldorfer Landtag einziehen.

Doch längst ist Pro NRW im politischen Marktsegment der Rechtspopulisten nicht mehr alleine. Mit der Unabhängigen Bürgerpartei (UBP) ist der Partei zumindest im nördlichen Ruhrgebiet ein ernst zu nehmender Konkurrent erwachsen. Hier, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Zukunftsaussichten schlecht sind tritt die UBP an.

Gegründet wurde die Partei von ehemaligen Hertener CDU-Mitgliedern. Einige von Ihnen waren 2004 noch als Kandidaten der Sozialen Bürger Partei in den Hertener Rat eingezogen.

Heute tritt die UBP auch in Marl, Dorsten, Recklinghausen, Castrop-Rauxel sowie Dorsten an und bewirbt sich für den Kreistag in Recklinghausen.

Bereits seit 2004 sitzt der UBP-Mann und Ex-Junge Union Politiker Borsu Alinaghi im Kreistag sowie im Hertener Rat. Unter den Führungskräften rechtspopulistischer Parteien nimmt Alinaghi eine Sonderstellung ein. Der Sohn eines persischen Arztes setzt sich für eine besonders harte Linie gegen Straftäter ein - vor allem wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Und Kinder, die beim Schulantritt kein Deutsch kennen, sollen auf die Sonderschule [abgeschoben](#) werden.

Alinaghi erweckt den Anschein eines Saubermannes, dem der Sinn nach Recht und Ordnung steht. Werte, die im seinen eigenen Leben allerdings keinen hohen Stellenwert zu haben scheinen. Immer wieder kommt das Rats- und Kreistagsmitglied selbst mit dem Gericht in [Kontakt](#): Er wurde bereits wegen Diebstahl und wegen Körperverletzung gegen ein Kind belangt.

Allein diese beiden Verurteilungen reichen in einer normalen Partei aus, um eine Laufbahn zu beenden - in der angeblichen Law & Order Partei UBP offensichtlich nicht.

Nun macht in Herten ein Gerücht die Runde, das für Alinaghi unangenehme Folgen haben dürfte, sollte es sich als wahr erweisen: Etliche Hertener Politiker, weit über den Kreis der politischen Gegner Alinaghis hinaus, berichten davon, das Alinaghi Anfang der 90er Jahre wegen Drogenhandels zu einem dreiwöchigen Jugendarrest verurteilt wurde. Damals noch als Mitglied der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU.

Auch ein Job beim Paketdienst UPS soll ein gerichtliches Nachspiel gehabt haben.

Zitieren lassen mit den Vorwürfen will sich allerdings niemand - und auch an das genaue Jahr der angeblichen Verurteilung will sich niemand mehr genau erinnern. "Es muss so 1992 gewesen sein“, erinnert sich ein Hertener Kommunalpolitiker.

Es heißt, die damalige CDU-Spitze habe über die Vorfälle den Mantel des Schweigens legen wollen. Die angeblich drei Wochen in einer Jugendarrestanstalt seien parteiintern als Urlaub dargestellt worden, heißt es weiter.

Beweise? Fehlanzeige. Die Ruhrbarone haben versucht, den Anschuldigungen nachzugehen. Allerdings konnten bislang keine Dokumente gefunden werden, die eines der Gerüchte bestätigen. Nachfragen bei Behörden und einem damals zuständigen Richter wurden zudem abgewiesen.

Dies bedeutet, dass es sich bei den Geschichten um den angeblichen Arrest auch um böse Gerüchte handeln kann, die bewusst von politischen Gegnern gestreut werden, um den Wahlkampf anzuheizen. Denn beliebt war der Rechtsausleger Alinaghi in Herten noch nie. Schon als Jugendlicher, sei er ein "Demagoge" gewesen, der auf die Hilfe seines wohlhabenden Vaters zurückgreifen konnte, sagen zwei ehemalige Lehrer über den Lokalpolitiker.

Für Alinaghi sind die Gerüchte unhaltbar. Auf Anfrage reagiert das Kreistags- und Ratsmitglied erzürnt: "Die von Ihnen angesprochenen Sachverhalte sind schlichtweg falsch und unwahr!!! Weder wurde ich wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt, noch wegen irgendwelcher Sachen bei UPS. Auch habe ich noch nie in einer

Strafanstalt eingesperrt." Alinaghi will diejenigen strafrechtlich verfolgen, die diese Gerüchte über ihn verbreiten.

Da hätte er viel zu tun, denn bei den Recherchen erzählten ein knappes Dutzend Hertener, darunter mehrere Verantwortungsträger, den Ruhrbaronen die gleiche Geschichte - was immer noch nicht bedeuten muss, dass sie wahr ist. Aber Grund genug für uns ist, darüber zu berichten: Denn über die Vita Alinaghis muß jetzt diskutiert werden - sie ist durch seine Forderungen für ein hartes Durchgreifen bei jugendlichen Kriminellen selbst zum Politikum geworden.

Veröffentlicht am Montag, 24. August 2009 um 09:33 Uhr, [Stefan Laurin](#). Du kannst alle Reaktionen auf diesen Eintrag durch » [RSS 2.0](#) verfolgen. Du kannst » [kommentieren](#), oder per » [trackback](#) von Deiner eigenen Seite aus reagieren.

Es gibt augenblicklich 12 Kommentare zu dieser Veröffentlichung

1. [1](#) Am 24. August 2009 kommentierte [B. Alinaghi](#):

Sehr geehrter Herr Laurin,

wie bereits angekündigt, habe ich heute morgen über meinen Anwalt veranlasst, eine Strafanzeige gegen Sie einzureichen!

Ebenfalls ist eine Strafanzeige gegen pro-herten eingereicht worden, welche Ihren Artikel bereits veröffentlicht haben!

Mit bürgerlichen Grüßen

Borsu Alinaghi

2. [2](#) Am 24. August 2009 kommentierte *Oliver1981*:

Ich stolpere über folgenden Passus Ihres Artikels: "Und Kinder, die beim Schulantritt kein Deutsch kennen, sollen auf die Sonderschule abgeschoben werden."

Auf der Website dieser Partei finde ich dagegen diese Forderung: "Sollten Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung trotz Förderung immer noch keine ausreichende Sprachkompetenz besitzen, ist eine Einschulung in eine Förderschule erforderlich, mit der jederzeitigen Möglichkeit wieder zu einer allgemeinen Grundschule zu wechseln, sobald der Rückstand aufgeholt ist." <http://www.ubp-herten.de/html/standpunkt1.html>

Ihr Artikel verwischt also den Unterschied zwischen "Sonderschule" und "Förderschule". Die "Sonderschule" ist in NRW eine eigenständige Schulform (!). Diese Partei fordert dagegen die Neueinrichtung einer "Förderschule", die Sprachkompetenzen vermitteln soll (!). Das ist etwas vollkommen anderes.

Man kann Sonderschulen nicht einfach dazu mißbrauchen, "Migrantenkinder abzuschieben". Eine "Sonderschule" hat fest umrissene Kompetenzen gemäß Landesgesetz; man kann sie nicht einfach zu einer "Migrantenschule" machen. Ich denke, daß ist dieser Partei durchaus bewusst, weil ihre Forderungen recht gut durchargumentiert werden.

Ihr Artikel suggeriert auch, daß die “Migrantenkinder” bewusst deklassiert werden sollen, um einen bestimmten Sozialstatus zu zementieren. Auch diese Forderung kann ich nicht erkennen. Vielmehr betont diese Partei ja ganz klar, daß das Schulsystem “offen” bleiben soll.

Davon abgesehen, die Auffassung, daß ein Ausländer, der deutsch spricht, automatisch “integriert” sein soll, halte ich für reichlich naiv. Die Schwarzafrikaner und Araber in Frankreich sprechen alle ein astreines Französisch, weil sie bzw. ihre Familien aus dem frankophonen Nordafrika kommen. Ist die Integration deswegen in Frankreich gelungen? Wohl nicht, sonst würde es nicht regelmäßig die Krawalle in den Vorstädten geben.

Zum Thema “Drogenhandel”.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir es hier mit einem ehemaligen Mitglied eines internationalen Drogenkartells zu tun haben. Wenn die Sache wirklich stimmen würde, wären in den frühen 1990ern die lokalen Zeitungen doch voll gewesen, weil der Delinquent einen politischen Hintergrund gehabt hätte. Da wäre doch bei Recherchen sicherlich etwas gefunden worden. Wenn nicht von den “Ruhrbaronen”, dann von der politischen Konkurrenz.

Selbst wenn es stimmen würde, was sie Ihrem Artikel als “Gerücht” bezeichnen, muß dieser Politiker ja Leute in der CDU gehabt haben, die ihn bzw. seine Eskapaden jahrelang gedeckt haben. Was sagt das denn bitte schön über die lokale CDU aus? Welches Interesse soll sie daran gehabt haben? Ich glaube eher, daß irgendwelche JU-Fuzzis, die meinen, sie wären Pablo Escobar, parteiintern sehr schnell “aussortiert” werden.

Aber scheinbar haben wir es hier mit einem Zeitgenossen zu tun, der in seiner politischen Karriere reichlich angeeckt ist. Nun wird fleißig nachgetreten. So wirkt das zumindest auf mich.

Schlimmer wäre es, wenn er heute noch Drogen konsumieren würde und somit in die Fußstapfen des Herrn Schill treten würde. Aber auch da muß ich sagen, ich möchte gar nicht wissen, wie bei den “Etablierten” gekokst, gekiffst, gehurt und gesoffen wird, ohne das das groß zum Vorschein kommt.

Es gibt alte Aufnahmen von Herrn Cohn-Bendit, in denen er aussagt, daß er regelmäßig “Haschküchlein” verspeist, weil die ihn “herrlich entspannen” würden. Wie viele Grüne oder Linke haben ihren “Genossen” schon ein paar Gramm “Gras” besorgt? Wie viele Journalisten (die zu den Berufsgruppen mit dem höchsten Drogenmißbrauch gehören!) konsumieren Drogen oder haben dies mal getan?

Ich glaube, im konkreten Fall gilt die alte Weisheit “Die größten Kritiker der Elche sind meistens selber welche”.

3. [3](#) Am 24. August 2009 kommentierte *Stefan Laurin*:

@Oliver81: Nö, die alte Sonderschule heißt jetzt Förderschule und sie ist in den meisten Fällen für die Kinder einer Sackhase:

<http://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%B6rderschule#Nordrhein-Westfalen>

4. [4](#) Am 24. August 2009 kommentierte *Jürgen Bergen*:

Am 24. August 2009 kommentierte B. Alinaghi:

Sehr geehrter Herr Laurin,

wie bereits angekündigt, habe ich heute morgen über meinen Anwalt veranlasst, eine Strafanzeige gegen Sie einzureichen!

Ebenfalls ist eine Strafanzeige gegen pro-herten eingereicht worden, welche Ihren Artikel bereits veröffentlicht haben!

Mit bürgerlichen Grüßen
Borsu Alinaghi

Ach ach ach Herr Alinahgi...
Sie sind, was Sie immer sind!
Einfach nur armseelig!

Krieg ich jetzt auch eine Strafanzeige?
MEIN Anwalt würde sich bestimmt freuen!!! :-)))

5. [5](#) Am 24. August 2009 kommentierte *Bert*:

“Nun macht in Herten ein Gerücht die Runde”

Finde ich ehrlich gesagt sehr schade, dass sich Ruhrbarone-Berichte jetzt auf beleglose Gerüchte beziehen. Darunter leidet auch die Glaubwürdigkeit der ansonsten guten Artikel.

6. [6](#) Am 24. August 2009 kommentierte *helbingman*:

“Es gibt alte Aufnahmen von Herrn Cohn-Bendit, in denen er aussagt, daß er regelmäßig “Haschküchlein” verspeist, weil die ihn “herrlich entspannen” würden. Wie viele Grüne oder Linke haben ihren “Genossen” schon ein paar Gramm “Gras” besorgt? Wie viele Journalisten (die zu den Berufsgruppen mit dem höchsten Drogenmißbrauch gehören!) konsumieren Drogen oder haben dies mal getan?”

Ein Klassiker... Immer schön mit dem Finger auf die anderen zeigen, um Fehlverhalten zu relativieren. Nur funktioniert das nicht so richtig gut, wenn einem Law-and-order-Politiker solche Verfehlungen vorgeworfen werden. Wenn ich einen Anspruch an meine Umwelt formuliere, muss ich ihn zuallererst selbst einhalten. Und ich glaube nicht, dass die Grünen und/oder Herr Cohn-Bendit die übliche “Drogen sind böse, alle erschießen!”-Retorik im Angebot haben...

7. [7](#) Am 24. August 2009 kommentierte *Jens Matheuszik*:

@helbingman (6):

Ohne das irgendwie rechtfertigen zu wollen - ich glaube Daniel Cohn-Bendit ist nie politisch gesehen mit einer harten Linie gegenüber Drogen wie Haschisch aufgefallen, eher im Gegenfall. Insofern ist das schon ein kleiner Unterschied.

8. [8](#) Am 24. August 2009 kommentierte *helbingman*:

@ Jens Matheuszik

Aber genau das wollte ich doch auch zum Ausdruck bringen 😞

9. [9](#) Am 25. August 2009 kommentierte *Jürgen Bergen*:

Nein, was wäre das doch toll:

Herr Alinaghi vor "Richter Gnadenlos", sprich Ronald Schill.....

Man stelle sich das mal vor! *lach* Richter Koks gegen Herrn RATSHERREN
Plakateklau....

Wer DA wohl den kürzeren ziehen würde???? *ich lach mich weg*

10. [10](#) Am 25. August 2009 kommentierte *karlchen_knaller*:

Biedermannfassade bei der UBP???

Na kommt, Leute. Mittlerweile dürfte die schon längst eingerissen sein, auch der letzte
Bürger mitbekommen haben, was und wer hinter dieser Populistentruppe steckt.

Beispiele gefällig?

Dr.Dr.S., Karnevalsknaller und Möchtegern-Landrat

Carsten Rene M., 3-Tage-Landratskandidat und Vorgänger von Dr.Dr.S., verurteilt
wegen Steuerhinterziehung vom AG Bochum, aktuell: Ermittlungen wegen des
Verdachts auf Stoßbetrügereien seitens der StA Kassel

UBP Marl, Chaostruppe, von der sich mittlerweile (Stand heute) vier "Kandidaten"
nach Veröffentlichung der Kandidatenlisten DISTANZIERT haben und Marler Bürger
aufrufen, sie NICHT zu wählen; dubioses Hickhack um Unterschriften auf den
Kandidatenformularen!

UBP Castrop, dito, eine "Kandidatin" ist entsetzt und kann sich die Kandidatur nicht
erklären (WAZ Castrop vom 21.8.); Anwalt ist von Seiten der "Kandidatin" gegen die
UBP eingeschaltet...

Zum Glück berichten auch die Ortsmedien sehr offensiv darüber und breiten nicht den
Mantel des Schweigens über diese Sachverhalte - damit dürften Köller und seine
dubiose Truppe in der Versenkung verschwinden. Und das ist auch gut so!

11. [11](#) Am 26. August 2009 kommentierte *Jürgen Bergen*:

Lieber Karlchen, liebe Leser,

wisst ihr, worum es mir geht?

Immer wieder höre ich, wie INTELLIGENT Herr A. sein soll, und WAS doch hinter
Herrn K. steckt. daraus lese ich ANGST.... ANGST vor politischen möchtegern
Clowns!!!!

In WIRKLICHKEIT sind diese Gestalten nämlich noch dümmer, als sie aussehen...aber sie wollen uns suggerieren, dass wir gefälligst Respekt und Erfurcht vor ihnen zu haben haben.

Ich bin mittlerweile 41 Jahre alt...aber solche Clowns hab ich schon mit 16 in den Müllkasten geschmissen!! *lach* DIE machen mir KEINE Angst mehr!!!!

Möchtegerns, wie die, haut man in die Tonne...NIX weiter...und ich hoffe, dass das am 30. ALLE machen werden, die KEINE Clowns sind!!!!

12. [12](#) Am 26. August 2009 kommentierte *Arnold Voß*:

@ Bert

Ein Gerücht von dieser Trag- und Reichweite macht sich selbst zum politischen Thema. Darüber zu berichten ist nicht unbedingt zwingend, aber doch nicht unangemessen. Der Betroffene ist immerhin eine öffentliche Person die ein politisches Programm vertritt. Auch für ihn wäre es wichtig, dass dieses Thema ein für alle Mal geklärt respektive auf ihren Tatsachengehalt überprüft wird. Wenn das durch diesen Artikel endlich geschieht,wäre das für alle Beteiligten ein Erfolg.

Biedermanni mit Gerichtserfahrung

Veröffentlicht: [Stefan Laurin](#) | 13. August 2009



Im Kreis Recklinghausen buhlt die rechtspopulistische "Unabhängige Bürgerpartei" im Kommunalwahlkampf um stimmen. Sie will die Politik "ehrlicher" machen. Sie könnte damit in den eigenen Reihen anfangen.

Sie wollen Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, in [Sonderschulen](#) abschieben und spielen sich als Saubermänner im Kampf gegen die angeblich hohe Kriminalität im Kreis Recklinghausen auf: Die von ehemaligen CDU-Mitgliedern aus Herten gegründete Unabhängige Bürgerpartei (UBP) versucht mit Ressentiments und Angst bei der Kommunalwahl Stimmen und Mandate zu gewinnen.

Auch der Resozialisierung von Straftätern, vor allem mit Migrationshintergrund sieht die UBP [kritisch](#):

"Nach unserer Überzeugung kommt „Opferschutz vor Täterschutz“! Gesetzgebung und Rechtsprechung haben in jüngerer Zeit im Strafverfahren die Folgen der Bestrafung für den Täter (Resozialisierungsgedanke) zu sehr in den Vordergrund gerückt. Dadurch sind die Prinzipien der Gerechtigkeit und des Schutzes der Öffentlichkeit viel zu sehr in den

Hintergrund geraten. Unsere Grundposition ist, dass hier eine neue Balance gefunden werden muss. Keine falsche Toleranz gegenüber straffällig gewordenen Migranten: Tüchtige Einwanderer, die sich an unsere Gesetze halten, sind uns herzlich willkommen! Wer jedoch unsere Gastfreundschaft missbraucht, sollte unserer Ansicht nach mit einer Verweigerung staatlicher Hilfeleistungen und Abschiebung rechnen müssen. Der Staat war in der Vergangenheit oft zu nachsichtig und hat die Bevölkerung nicht hinreichend vor ausländischen Mehrfachtätern geschützt."

Mit Straftätern mit Migrationshintergrund kennt sich die UBP aus. Ihr Kreistagsmitglied, das auch im Hertener Rat sitzt und Vorsitzender der UBP-Herten ist, gehört zu dieser Gruppe: Der persischstämmige Rechtspopulist [Borsu Alinaghi](#) ist seit seiner Jugend immer wieder straffällig geworden. Ob [Diebstahl](#) oder [Körperverletzung gegen ein Kind](#) - mit dem Strafgesetz kommt Alinaghi immer wieder in Konflikt.

OK, man könnte sagen, da nimmt sich einer eines Themas an, von dem er Ahnung hat. Man könnte aber auch zu der Erkenntnis kommen, dass da jemand einen extrem schmierigen und verlogenen Wahlkampf macht.

Veröffentlicht am Donnerstag, 13. August 2009 um 12:05 Uhr, [Stefan Laurin](#). Du kannst alle Reaktionen auf diesen Eintrag durch [» RSS 2.0](#) verfolgen. Du kannst [» kommentieren](#), oder per [» trackback](#) von Deiner eigenen Seite aus reagieren.

Es gibt augenblicklich 9 Kommentare zu dieser Veröffentlichung

1. [1](#) Am 13. August 2009 kommentierte [Till E.](#):

Danke Stefan, Journalsimus kann auch ehrlich sein 😊

2. [2](#) Am 13. August 2009 kommentierte [blindschleiche](#):

gefunden auf <http://www.borsu-alinaghi.de/html/lebenslauf.html>:

- Bundeswehr 12 Monate (September 1993 bis September 1994) bei der Drohnenbatterie 100 (Artillerieregiment 7) in Coesfeld, Gefreiter der Reserve"

hm...

warum hab' ich nur was gegen "politiker", die den dienstgrad "gefreiter" raushängen lassen?

ansonsten: wie Till E. 😊

3. [3](#) Am 13. August 2009 kommentierte [Hans-Heinrich Holland](#):

Hallo Stefan,

Du bist ja ausgesprochen gut informiert! Der Herr hat aber noch mehr auf dem Kerbholz, was man nicht so ohne weiteres vergessen sollte. Im Kreistag war er wegen antisemitischer Äußerungen zur Ordnung gerufen worden, es ging dabei um die Israel-Stiftung. Unbescholtene Lehrer in Herten wollte er aus dem Dienst entlassen sehen, nachdem er sich nach seinen Vorstellungen "Vergehen" konstruiert hatte. Der Mann ist intelligent, ohne Frage. Ob das, was er verbreitet, tatsächlich seine

Meinung ist bleibt unklar. Ganz sicher redet er einer ganz bestimmten Klientel nach dem Mund. Und er weiß, was er tut.
Hans-Heinrich Holland

4. [4](#) Am 13. August 2009 kommentierte [lebowski](#):

“Sie wollen Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, in Sonderschulen abschieben...”

Bon! Wie wärs denn jetzt noch mit einer Antwort auf die Frage, was man denn mit Kindern machen soll, die tatsächlich kaum deutsch sprechen. Sie in eine normale Schule zu tun, wo sie kein Wort verstehen, ist wohl auch nicht die Lösung.

Immerhin werden Rechtspopulisten ua deswegen gewählt, weil sie den Ruf haben, Probleme anzusprechen, die sich die etablierten Parteien nicht mehr anzusprechen trauen.

Und das Problem mit “unbeschulbaren” Kindern ist keins, dass sich Rechtspopulisten ausgedacht haben. Das existiert blöderweise wirklich.

5. [5](#) Am 13. August 2009 kommentierte [karlchen_müller](#):

Hallo,

also zunächst mal mögen Rechtspopulisten zwar gewählt werden, weil sie angeblich Probleme ansprechen, aber nach spätestens einer Legislaturperiode (wenn sie denn solange durchhalten) mit Pauken und Trompeten wieder abgewählt, weil sie halt nur populistisch “tönen”, aber auch nicht den Hauch einer Lösung hinbekommen. Na Prost!

Zum anderen: ja wo denn sonst wenn nicht in der Grundschule sollen Kinder mit Sprachschwierigkeiten Sprache erlernen??? Kinder in diesem Alter haben einen ungeheuren Aufnahmehorizont, was auch das soziale Umgehen miteinander angeht. Nicht umsonst zeigen Studien, dass gerade im Grundschulalter fremde Sprachen schneller und effizienter gelernt werden als alles andere.

Klar, nebenher muss bei vielen auch schulbegleitend mehr für die Sprache getan werden - vor allem muss verhindert werden, dass man ohne deutsche Sprachkenntnisse hier sich ghettoisiert. Aber diese Aussage treffen mittlerweile alle ernstzunehmenden Parteien, dazu braucht man keine verquerten Rechtspopulisten.

Daher ist die Forderung “Einschulung nur mit Deutschkenntnissen” einfach schwachsinnig, aber natürlich für die Ziele dieser geistigen Brandstifter förderlich, sollen doch die Spaltungen der Gesellschaft möglichst zementiert werden, da man die eigene Existenzberechtigung klar und deutlich nur daraus herleitet.

@stefan laurin: Sie haben Carsten M. vergessen, den 3-Tage-Landratskandidaten der UBP, der nach Bekanntwerden seiner Verurteilung wegen Steuerhinterziehung vor dem AG Bochum zu 22 Monaten auf Bewährung und neuer Ermittlungssachen der Staatsanwaltschaft Kassel gegen ihn wegen des Verdachts auf Stoßbetrügereien zurückgetreten wurde (WAZ und Ruhr-Nachrichten Castrop-Rauxel berichteten umfassend)

Aber wie sagte Tobias Köller, Kreisvorsitzender der UBP so schön bei der Präsentation des Kandidaten: “Wir wollen Carsten M. langfristig an der Spitze der UBP aufbauen.” Boing!

6. [6](#) Am 13. August 2009 kommentierte [lebowski](#):

“Zum anderen: ja wo denn sonst wenn nicht in der Grundschule sollen Kinder mit Sprachschwierigkeiten Sprache erlernen???”

Ich weiß ja nicht, auf welcher Grundschule Sie so waren. Aber auf meiner konnten sämtliche Kinder bei der Einschulung schon Deutsch. Auf der Grundschule wurde ua Rechnen, Schreiben und Lesen gelehrt.

Wollen Sie wirklich eine Grundschule, deren Ziel es ist, dass sich die Kinder am Ende in der Landessprache unterhalten können?

Dann dürfen Sie sich aber auch nicht darüber wundern, dass Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder in Privatschulen stecken, was dann wiederum dazu führen wird, dass die Migrantenkinder auf den öffentlichen Schulen unter sich bleiben und noch schlechter Deutsch lernen. Es ist eben alles nicht so einfach und eine gute Absicht bedeutet noch nicht, dass etwas auch gut gemacht wird.

7. [7](#) Am 18. August 2009 kommentierte [karlchen_müller](#):

Hallo nochmal,

recherchiert doch mal die ungeheuerlichen Vorkommnisse der UBP Marl nach, wo schon drei unbescholtene Bürger morgens bei der Lektüre der Marler Zeitung fast vom Frühstückstisch umgekippt sind, da sie angeblich “Kandidaten” der UPB in drei Wahlbezirken in Marl sein sollen. Davon aber gar nix wissen... Ein Fall - mal wieder - für den Staatsanwalt?

8. [8](#) Am 23. August 2009 kommentierte [Jürgen Bergen](#):

Zunächst: Solche hervorragende Artikel gehören für mich auch in die Tageszeitungen der Städte, denn die dortigen Redakteure trauen sich anscheinend nicht mehr an so heiße Themen heran!

Eigentlich sind diese Wölfe im Schafspelz ganz einfach zu entlarfen, denn für sie ist der grund aller Probleme der, des Migrationshintergrundes!

Wie hier schon richtig festgestellt wurde, ist es eine Aufgabe der Schulen ALLEN Kindern den Zugang zu Bildung zu geben.

Richtig ist doch wohl auch, dass es auch genügend DEUTSCHE Kinder mit Sprachproblemen gibt.

Hier dann SchulBEGLEITEND Hilfen anzubieten, bzw. durchzuführen ist eine Lösung, die mir zusagen würde.

Kinder jedoch AUSZUSCHLIEßEN halte ich für falsch und gefährlich (Ghettoisierung).

Herrn Laurin ist großes Lob auszusprechen, weil er den Mut hat, zu sagen, was hinter der UBP im Grunde genommen steckt!!!

9. [9](#) Am 25. August 2009 kommentierte *caiman*:

Schaut mal bei <http://www.myspace.com/ajrecklinghausen> und <http://jugendantifare.blogspot.com/>
Da findet man auch viel Wissenswertes über die UBP.

Rechtspopulisten wollen Kinder in Sonderschulen abschieben

Veröffentlicht: [Stefan Laurin](#) | 13. August 2009

Am rechten Rand wird es eng: In Nordrhein-Westfalen werden zur Kommunalwahl so viele rechtspopulistische Listen antreten wie nie zuvor. Sie machen Wahlkampf mit der Angst vor Kriminalität und Überfremdung.

Ob Pro-Köln und seine zunehmende Zahl von Ablegern, die Liste WIR oder die sogenannte Unabhängige Bürgerpartei (UBP): Wenn am 30. August im bevölkerungsreichsten Bundesland Kommunalwahlen stattfinden, werden sich zahlreiche rechtspopulistische Parteien und Listen wieder um Mandate in den Stadt- und Gemeinderäten bemühen. Sie betreiben ein Geschäft mit der Angst. Selbst im Kreis Recklinghausen, der nach der Kriminalitätsstatistik weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, gehen WIR und UBP mit der angeblich an jeder Ecke lauenden Gefahr auf Stimmenfang. Der UBP ist immerhin zu gute zu halten, dass sie weiß, wovon sie spricht: Ihr Kreistagsmitglied Borsu Alinaghi ist seit seiner Jugend immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten und wurde erst vor wenigen Monaten schuldig gesprochen, ein Kind getreten zu haben. In Gelsenkirchen schwadroniert die vom Berufsstudenten Kevin Gareth Hauer angeführte Liste Pro Gelsenkirchen sogar von rechtsfreien Räumen, und das in einer Stadt, die zu den sichersten Großstädten der Republik gehört.

Für die Recklinghäuser WIR hatte der Rechtsdrift Folgen: Die FDP hat die Zusammenarbeit mit der Liste im Rat für beendet erklärt und will auch nach den Wahlen nicht mehr mit WIR zusammen arbeiten.

Nun sorgt ein weiterer Vorschlag der UBP im nördlichen Ruhrgebiet für Diskussionsstoff: Die Liste, die in mehreren Städten für den Rat kandidiert und auch in den Recklinghäuser Kreistag einziehen will, fordert, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht in die Grundschule zu lassen sondern in Sonderschulen, neudeutsch Förderschulen, zu stecken: „Sollten Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung trotz Förderung immer noch keine ausreichende Sprachkompetenz besitzen, ist eine Einschulung in eine Förderschule erforderlich, mit der jederzeitigen Möglichkeit wieder zu einer allgemeinen Grundschule zu wechseln, sobald der Rückstand aufgeholt ist.“ Dass von dieser Regelung vor allem Migrantenkinder betroffen sein würden, liegt auf der Hand.

Für Andreas Scholz von der Integrationsliste Recklinghausen ist die Verfrachtung der Kinder in eine Förderschule der Garant dafür, ihnen langfristig alle Jobperspektiven zu verbauen: „Wer so etwas vorschlägt will Kindern nicht helfen, er will sie abschieben“ und auch Hertens Bürgermeister Uli Paetzel (SPD) ist von dem Vorschlag nicht angetan: „Wir schaffen es mit großem Aufwand, dass 93 Prozent aller Kinder mit guten Deutschkenntnissen eingeschult

werden. Die verbliebenen sieben Prozent müssen in der Regelschule gefördert werden.“
Davon ab widerspreche der Vorschlag nicht nur geltendem Recht sondern sei schlicht nicht durchzuführen: „Wenn eine britische Familie nach Herten zieht, sollen deren Kinder automatisch auf die Sonderschule kommen?“

Veröffentlicht am Donnerstag, 2. Juli 2009 um 17:00 Uhr, [Stefan Laurin](#). Du kannst alle Reaktionen auf diesen Eintrag durch » [RSS 2.0](#) verfolgen. Du kannst » [kommentieren](#), oder per » [trackback](#) von Deiner eigenen Seite aus reagieren.

Es gibt augenblicklich 14 Kommentare zu dieser Veröffentlichung

1. [1](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte [Marcus Meier](#):

Heute morgen lief ein hoher “Pro Köln”-Funktionär an mir vorbei, das Handy om Ohr: “Nee, dann lass uns den Infostand um 11 absagen. Wenn die Pia nicht kommt, dann stehe ich wieder ganz alleine da!”. So viel zum Thema “[Große Zustimmung bei der aktuellen pro-Köln-Infostandserie](#)“. Schon, wenn die Damen und Herren Populisten sich jetzt auch noch gegenseitig auf die Füße treten!

2. [2](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Till E.*:

Au man(n)

Da schreibt die UBP doch auf ihren Plakaten “Politik kann ehrlich sein” 😞Bei der UBP wohl “Kann”, bei mit = muss!!

Da schreibt die UBP doch auf ihren Plakaten “Einschulung nur mit Deutschkenntnisse” wollen die die Schulpflicht (rechts)widrig unterlaufen .

Interessant - die UBP hat wohl die meisten Plakate in Herten geklebt - alle sehr hoch hinaus - ne Menge sind schon unten ab Fuß der Laterne gelandet - was für ein Sinnbild, macht weiter so ubp ...

3. [3](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Nunja*:

Was wäre denn eure Lösung, wenn ein normaler Unterricht aus Mangel an Deutsch-Kenntnissen garnicht richtig stattfinden kann ?

4. [4](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *stan*:

Borsu Alinaghi, ist das ein deutscher Name?

Sind haben jetzt auch schon Rechtspopulisten Migrationshintergrund 😞

5. [5](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Stefan Laurin*:

@Nunja: Soweit darf es nicht kommen. Ich bin für einen verpflichtenden Kindergartenbesuch und entsprechenden Hilfsangeboten an Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Sprachproblemen. Das Abschieben von Kindern auf Sonderschulen ist der wirklich schlechteste Weg.

6. [6](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Jimmy*:

@Nunja: “Was wäre denn eure Lösung, wenn ein normaler Unterricht aus Mangel an Deutsch-Kenntnissen garnicht richtig stattfinden kann ?”

Ich zitiere hier gerade einen kleinen türkischen Jungen, der 1990 auf dem Schulhof auf meine Mutter (Grundschullehrerin) zukam und rief: “Frau X, wir haben einen neuen Schüler in der Klasse. Der ist aus Sachsen. Aber Deutsch kann der noch nicht!!!!”

Wobei ich als ernsthafte Antwort Stefan Laurin grundsätzlich zustimme. Kindergartenpflicht, Förderunterricht - und jetzt gehe ich weiter, klare und deutliche Ansagen an die Eltern, was die Wichtigkeit angeht, auch zu Hause deutsch zu sprechen. Außerdem Deutschkurse für Frauen mit Migrationshintergrund.

Die Kindergartenpflicht könnte man übrigens von einem Sprachverständnistest abhängig machen. Damit wären wir fast schon wieder bei den Sonderschulen - nur dass wir hier früher eingreifen und somit nicht den Weg für Regelschulkarrieren verbauen.

7. [7](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte [Michael Baumeister](#):

Erst wenn radikale Parteien die Ausgrenzung popagieren, wird man plötzlich hellhörig.

Diese rechtspopulistischen Parteien fordern doch das, was in der Realität bereits passiert, die Ausgrenzung bestimmter Gruppen aus dem normalen Schulsystem. Der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Sonderschulen ist ja auch jetzt überdurchschnittlich hoch, in einigen Regionen in NRW besuchen 1/3 der Kinder mit Migrationshintergrund Förderschulen.

Inklusive Schulbildung, individuelle Förderung aller Kinder an einer Schule passt einfach nicht in das ausgrenzende deutsche Schulsystem.

Die Fiktion, Lernen müsse in homogenen Lerngruppen erfolgen, ist gerade im konservativen Lager verbreitet, findet aber bei den meisten Menschen in unserem Land unhinterfragt Zustimmung.

Genauso scheint niemand sich daran zu stören, dass Kinder mit Behinderungen nach wie vor zu > 85 % in Sonderschulen ausgegrenzt werden, obwohl die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ein Menschenrecht auf inklusive Schulbildung definiert.

8. [8](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte [Manfred Michael Schwirske](#):

Muss man auf rechtspopulistischen Schwachsinn mit weiterem, zudem illiberalem Schwachsinn antworten? Um quasi damit zu unterstreichen, dass an deren Forderung doch noch was richtiges sein könnte?

Ich meine damit folgendes: Kindergartenpflicht ist nicht. Weil verfassungswidrig.

9. [9](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte [Conoscenti](#):

UIUIUI. Für die Überschrift mussten sich die Lügenbarone aber ganz schön ins Zeug legen. Wenn man sich die Forderung der UBP mal ganz durchliest, hört sich das schon ganz anders an:

“...Für die Unabhängige-Bürger-Partei hat das Bestehen von Chancengleichheit bei Schulbeginn absolute Priorität.

Zur Verbesserung der sprachlichen und sozialen Fähigkeiten ist es wichtig, dass Kinder – insbesondere solche mit nichtdeutscher Muttersprache – frühzeitig den Kindergarten besuchen. Daher möchte die UBP das erste Kindergartenjahr beitragsfrei machen, um den Eltern die Entscheidung über einen Kindergartenbesuch zu erleichtern.

Derzeit wird in NRW die Sprachkompetenz der Vierjährigen getestet mit anschließender Sprachförderung (Delfin 4). Es zeigt sich, dass das derzeitige System erhebliche Mängel aufweist...

Das Förderprogramm der Landesregierung hat also erhebliche Defizite und man muss davon ausgehen, dass nach wie vor Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden. Um das bisherige System zu ergänzen, fordern wir, dass das SchulG NRW dahingehend geändert wird, dass ein Jahr vor der Einschulung erneut ein verbindlicher Sprachtest bei allen Kindern durchgeführt wird. Darüber hinaus muss an den Grundschulen wieder der Schulkindergarten eingeführt werden. Kinder, bei denen ein Jahr vor der Einschulung Sprachdefizite vorliegen, sollen verpflichtet werden, den Schulkindergarten mit dazugehöriger Sprachintensivförderung zu besuchen.

Sollten Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung trotz Förderung immer noch keine ausreichende Sprachkompetenz besitzen, ist eine Einschulung in eine Förderschule erforderlich, mit der jederzeitigen Möglichkeit wieder zu einer allgemeinen Grundschule zu wechseln, sobald der Rückstand aufgeholt ist.”

Aber kann man von einem linken Blog soviel journalistische Korrektheit erwarten? Kaum. Daher wird auch Andreas Scholz als Kronzeuge herangezogen, der gerade mit seiner IWI gemeinsame Sache mit MilliGörüs-Fundamentalisten macht. Viel Spaß noch!

10. [10](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Stefan Laurin*:

@Conoscenti: Ich sage ja nicht dass die UBP ungeschickt ist. Keiner hat was dagegen, die Sprachfähigkeit von Kindern zu steigern - aber wenn am Ende Separation steht, ist klar dass es nicht um die Lösung von realen Problemen geht, sondern um Stimmungsmache gegen Migranten.

11. [11](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Jimmy*:

@Conoscenti: “Ich meine damit folgendes: Kindergartenpflicht ist nicht. Weil verfassungswidrig.”

Kurze Nachfrage: Wieso verfassungswidrig? Ich kann es mir jetzt einen Eingriff in den geschützten Bereich der Familie (und weitergehend in die freie Entfaltung der Persönlichkeit) vorstellen, aber das ist die Schulpflicht doch auch, oder?

12. [12](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Manfred Michael Schwirske*:

Richtig Jimmy, nur definiert die Verfassung bei der Schulpflicht eben eine Ausnahme.

13. [13](#) Am 13. August 2009 kommentierte [Biedermanni mit Gerichtserfahrung » ruhrbarone](#):

[...] wollen Kinder die Probleme mit der deutschen Sprache haben in Sonderschulen abschieben und spielen sich als Saubermänner im Kampf gegen die angeblich hohe [...] [...]

14. [14](#) Am 24. August 2009 kommentierte [Drogengerüchte um UBP Kandidat » ruhrbarone](#):

[...] haben. Und Kinder, die beim Schulantritt kein Deutsch kennen, sollen auf die Sonderschule abgeschoben [...]

Biedermanni mit Gerichtserfahrung - Ruhrbarone

Veröffentlicht: [Stefan Laurin](#) | 13. August 2009



Im Kreis Recklinghausen buhlt die rechtspopulistische "Unabhängige Bürgerpartei" im Kommunalwahlkampf um Stimmen. Sie will die Politik "ehrlicher" machen. Sie könnte damit in den eigenen Reihen anfangen.

Sie wollen Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, in [Sonderschulen](#) abschieben und spielen sich als Saubermänner im Kampf gegen die angeblich hohe Kriminalität im Kreis Recklinghausen auf: Die von ehemaligen CDU-Mitgliedern aus Herten gegründete Unabhängige Bürgerpartei (UBP) versucht mit Ressentiments und Angst bei der Kommunalwahl Stimmen und Mandate zu gewinnen.

Auch der Resozialisierung von Straftätern, vor allem mit Migrationshintergrund sieht die UBP [kritisch](#):

"Nach unserer Überzeugung kommt „Opferschutz vor Täterschutz“! Gesetzgebung und Rechtsprechung haben in jüngerer Zeit im Strafverfahren die Folgen der Bestrafung für den Täter (Resozialisierungsgedanke) zu sehr in den Vordergrund gerückt. Dadurch sind die Prinzipien der Gerechtigkeit und des Schutzes der Öffentlichkeit viel zu sehr in den Hintergrund geraten. Unsere Grundposition ist, dass hier eine neue Balance gefunden werden muss. Keine falsche Toleranz gegenüber straffällig gewordenen Migranten: Tüchtige Einwanderer, die sich an unsere Gesetze halten, sind uns herzlich willkommen! Wer jedoch unsere Gastfreundschaft missbraucht, sollte unserer Ansicht nach mit einer Verweigerung staatlicher Hilfeleistungen und Abschiebung rechnen müssen. Der Staat war in der Vergangenheit oft zu nachsichtig und hat die Bevölkerung nicht hinreichend vor ausländischen Mehrfachtätern geschützt."

Mit Straftätern mit Migrationshintergrund kennt sich die UBP aus. Ihr Kreistagsmitglied, das auch im Hertener Rat sitzt und Vorsitzender der UBP-Herten ist, gehört zu dieser Gruppe: Der persischstämmige Rechtspopulist [Borsu Alinaghi](#) ist seit seiner Jugend immer wieder straffällig geworden. Ob [Diebstahl](#) oder [Körperverletzung gegen ein Kind](#) - mit dem Strafgesetz kommt Alinaghi immer wieder in Konflikt.

OK, man könnte sagen, da nimmt sich einer eines Themas an, von dem er Ahnung hat. Man könnte aber auch zu der Erkenntnis kommen, dass da jemand einen extrem schmierigen und verlogenen Wahlkampf macht.

Veröffentlicht am Donnerstag, 13. August 2009 um 12:05 Uhr, [Stefan Laurin](#). Du kannst alle Reaktionen auf diesen Eintrag durch [» RSS 2.0](#) verfolgen. Du kannst [» kommentieren](#), oder per [» trackback](#) von Deiner eigenen Seite aus reagieren.

Es gibt augenblicklich 9 Kommentare zu dieser Veröffentlichung

1. [1](#) Am 13. August 2009 kommentierte [Till E.](#):

Danke Stefan, Journalsimus kann auch ehrlich sein 😊

2. [2](#) Am 13. August 2009 kommentierte [blindschleiche](#):

gefunden auf <http://www.borsu-alinaghi.de/html/lebenslauf.html>:

- Bundeswehr 12 Monate (September 1993 bis September 1994) bei der Drohnenbatterie 100 (Artillerieregiment 7) in Coesfeld, Gefreiter der Reserve”

hm...

warum hab' ich nur was gegen "politiker", die den dienstgrad "gefreiter" raushängen lassen?

ansonsten: wie Till E. 😊

3. [3](#) Am 13. August 2009 kommentierte [Hans-Heinrich Holland](#):

Hallo Stefan,

Du bist ja ausgesprochen gut informiert! Der Herr hat aber noch mehr auf dem Kerbholz, was man nicht so ohne weiteres vergessen sollte. Im Kreistag war er wegen antisemitischer Äußerungen zur Ordnung gerufen worden, es ging dabei um die Israel-Stiftung. Unbescholtene Lehrer in Herten wollte er aus dem Dienst entlassen sehen, nachdem er sich nach seinen Vorstellungen "Vergehen" konstruiert hatte.

Der Mann ist intelligent, ohne Frage. Ob das, was er verbreitet, tatsächlich seine Meinung ist bleibt unklar. Ganz sicher redet er einer ganz bestimmten Klientel nach dem Mund. Und er weiß, was er tut.

Hans-Heinrich Holland

4. [4](#) Am 13. August 2009 kommentierte [lebowski](#):

“Sie wollen Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, in Sonderschulen abschieben...”

Bon! Wie wärs denn jetzt noch mit einer Antwort auf die Frage, was man denn mit Kindern machen soll, die tatsächlich kaum deutsch sprechen. Sie in eine normale Schule zu tun, wo sie kein Wort verstehen, ist wohl auch nicht die Lösung.

Immerhin werden Rechtspopulisten ua deswegen gewählt, weil sie den Ruf haben, Probleme anzusprechen, die sich die etablierten Parteien nicht mehr anzusprechen trauen.

Und das Problem mit "unbeschulbaren" Kindern ist keins, dass sich Rechtspopulisten ausgedacht haben. Das existiert blöderweise wirklich.

5. [5](#) Am 13. August 2009 kommentierte [karlchen_müller](#):

Hallo,

also zunächst mal mögen Rechtspopulisten zwar gewählt werden, weil sie angeblich Probleme ansprechen, aber nach spätestens einer Legislaturperiode (wenn sie denn solange durchhalten) mit Pauken und Trompeten wieder abgewählt, weil sie halt nur populistisch “tönen”, aber auch nicht den Hauch einer Lösung hinbekommen. Na Prost!

Zum anderen: ja wo denn sonst wenn nicht in der Grundschule sollen Kinder mit Sprachschwierigkeiten Sprache erlernen??? Kinder in diesem Alter haben einen ungeheuren Aufnahmehorizont, was auch das soziale Umgehen miteinander angeht. Nicht umsonst zeigen Studien, dass gerade im Grundschulalter fremde Sprachen schneller und effizienter gelernt werden als alles andere.

Klar, nebenher muss bei vielen auch schulbegleitend mehr für die Sprache getan werden - vor allem muss verhindert werden, dass man ohne deutsche Sprachkenntnisse hier sich ghettoisiert. Aber diese Aussage treffen mittlerweile alle ernstzunehmenden Parteien, dazu braucht man keine verqueren Rechtspopulisten.

Daher ist die Forderung “Einschulung nur mit Deutschkenntnissen” einfach schwachsinnig, aber natürlich für die Ziele dieser geistigen Brandstifter förderlich, sollen doch die Spaltungen der Gesellschaft möglichst zementiert werden, da man die eigene Existenzberechtigung klar und deutlich nur daraus herleitet.

@stefan laurin: Sie haben Carsten M. vergessen, den 3-Tage-Landratskandidaten der UBP, der nach Bekanntwerden seiner Verurteilung wegen Steuerhinterziehung vor dem AG Bochum zu 22 Monaten auf Bewährung und neuer Ermittlungssachen der Staatsanwaltschaft Kassel gegen ihn wegen des Verdachts auf Stoßbetrügereien zurückgetreten wurde (WAZ und Ruhr-Nachrichten Castrop-Rauxel berichteten umfassend)

Aber wie sagte Tobias Köller, Kreisvorsitzender der UBP so schön bei der Präsentation des Kandidaten: “Wir wollen Carsten M. langfristig an der Spitze der UBP aufbauen.” Boing!

6. [6](#) Am 13. August 2009 kommentierte [lebowski](#):

“Zum anderen: ja wo denn sonst wenn nicht in der Grundschule sollen Kinder mit Sprachschwierigkeiten Sprache erlernen???”

Ich weiß ja nicht, auf welcher Grundschule Sie so waren. Aber auf meiner konnten sämtliche Kinder bei der Einschulung schon Deutsch. Auf der Grundschule wurde ua Rechnen, Schreiben und Lesen gelehrt.

Wollen Sie wirklich eine Grundschule, deren Ziel es ist, dass sich die Kinder am Ende in der Landessprache unterhalten können?

Dann dürfen Sie sich aber auch nicht darüber wundern, dass Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder in Privatschulen stecken, was dann wiederum dazu führen wird, dass die Migrantenkinder auf den öffentlichen Schulen unter sich bleiben und noch schlechter Deutsch lernen. Es ist eben alles nicht so einfach und eine gute Absicht bedeutet noch nicht, dass etwas auch gut gemacht wird.

7. [7](#) Am 18. August 2009 kommentierte [karlchen_müller](#):

Hallo nochmal,

recherchiert doch mal die ungeheuerlichen Vorkommnisse der UBP Marl nach, wo schon drei unbescholtene Bürger morgens bei der Lektüre der Marler Zeitung fast vom Frühstückstisch umgekippt sind, da sie angeblich "Kandidaten" der UPB in drei Wahlbezirken in Marl sein sollen. Davon aber gar nix wissen... Ein Fall - mal wieder - für den Staatsanwalt?

8. [8](#) Am 23. August 2009 kommentierte *Jürgen Bergen*:

Zunächst: Solche hervorragende Artikel gehören für mich auch in die Tageszeitungen der Städte, denn die dortigen Redakteure trauen sich anscheinend nicht mehr an so heiße Themen heran!

Eigentlich sind diese Wölfe im Schafspelz ganz einfach zu entlarfen, denn für sie ist der grund aller Probleme der, des Migrationshintergrundes!

Wie hier schon richtig festgestellt wurde, ist es eine Aufgabe der Schulen ALLEN Kindern den Zugang zu Bildung zu geben.

Richtig ist doch wohl auch, dass es auch genügend DEUTSCHE Kinder mit Sprachproblemen gibt. Hier dann SchulBEGLEITEND Hilfen anzubieten, bzw. durchzuführen ist eine Lösung, die mir zusagen würde.

Kinder jedoch AUSZUSCHLIEßEN halte ich für falsch und gefährlich (Ghettoisierung).

Herrn Laurin ist großes Lob auszusprechen, weil er den Mut hat, zu sagen, was hinter der UBP im grunde genommen steckt!!!

9. [9](#) Am 25. August 2009 kommentierte *caiman*:

Schaut mal bei <http://www.myspace.com/ajrecklinghausen> und <http://jugendantifare.blogspot.com/>
Da findet man auch viel wissenswertes über die UBP.

Rechtspopulisten wollen Kinder in Sonderschulen abschieben - Ruhrbarone

Veröffentlicht: [Stefan Laurin](#) | 13. August 2009

Am rechten Rand wird es eng: In Nordrhein-Westfalen werden zur Kommunalwahl so viele rechtspopulistische Listen antreten wie nie zuvor. Sie machen Wahlkampf mit der Angst vor Kriminalität und Überfremdung.

Ob Pro-Köln und seine zunehmende Zahl von Ablegern, die Liste WIR oder die sogenannte Unabhängige Bürgerpartei (UBP): Wenn am 30. August im bevölkerungsreichsten Bundesland Kommunalwahlen stattfinden, werden sich zahlreiche rechtspopulistische Parteien und Listen wieder um Mandate in den Stadt- und Gemeinderäten bemühen. Sie betreiben ein Geschäft mit der Angst. Selbst im Kreis Recklinghausen, der nach der Kriminalitätsstatistik weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, gehen WIR und UBP mit der

angeblich an jeder Ecke lauerner Gefahr auf Stimmenfang. Der UBP ist immerhin zu gute zu halten, dass sie weiß, wovon sie spricht: Ihr Kreistagsmitglied Borsu Alinaghi ist seit seiner Jugend immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten und wurde erst vor wenigen Monaten schuldig gesprochen, ein Kind getreten zu haben. In Gelsenkirchen schwadroniert die vom Berufsstudenten Kevin Gareth Hauer angeführte Liste Pro Gelsenkirchen sogar von rechtsfreien Räumen, und das in einer Stadt, die zu den sichersten Großstädten der Republik gehört.

Für die Recklinghäuser WIR hatte der Rechtsdrift Folgen: Die FDP hat die Zusammenarbeit mit der Liste im Rat für beendet erklärt und will auch nach den Wahlen nicht mehr mit WIR zusammen arbeiten.

Nun sorgt ein weiterer Vorschlag der UBP im nördlichen Ruhrgebiet für Diskussionsstoff: Die Liste, die in mehreren Städten für den Rat kandidiert und auch in den Recklinghäuser Kreistag einziehen will, fordert, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht in die Grundschule zu lassen sondern in Sonderschulen, neudeutsch Förderschulen, zu stecken: „Sollten Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung trotz Förderung immer noch keine ausreichende Sprachkompetenz besitzen, ist eine Einschulung in eine Förderschule erforderlich, mit der jederzeitigen Möglichkeit wieder zu einer allgemeinen Grundschule zu wechseln, sobald der Rückstand aufgeholt ist.“ Dass von dieser Regelung vor allem Migrantenkinder betroffen sein würden, liegt auf der Hand.

Für Andreas Scholz von der Integrationsliste Recklinghausen ist die Verfrachtung der Kinder in eine Förderschule der Garant dafür, ihnen langfristig alle Jobperspektiven zu verbauen: „Wer so etwas vorschlägt will Kindern nicht helfen, er will sie abschieben“ und auch Hertens Bürgermeister Uli Paetzel (SPD) ist von dem Vorschlag nicht angetan: „Wir schaffen es mit großem Aufwand, dass 93 Prozent aller Kinder mit guten Deutschkenntnissen eingeschult werden. Die verbliebenen sieben Prozent müssen in der Regelschule gefördert werden.“ Davon ab widerspreche der Vorschlag nicht nur geltendem Recht sondern sei schlicht nicht durchzuführen: „Wenn eine britische Familie nach Hertens zieht, sollen deren Kinder automatisch auf die Sonderschule kommen?“

Veröffentlicht am Donnerstag, 2. Juli 2009 um 17:00 Uhr, [Stefan Laurin](#). Du kannst alle Reaktionen auf diesen Eintrag durch [» RSS 2.0](#) verfolgen. Du kannst [» kommentieren](#), oder per [» trackback](#) von Deiner eigenen Seite aus reagieren.

Es gibt augenblicklich 14 Kommentare zu dieser Veröffentlichung

1. [1](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte [Marcus Meier](#):

Heute morgen lief ein hoher “Pro Köln”-Funktionär an mir vorbei, das Handy am Ohr: “Nee, dann lass uns den Infostand um 11 absagen. Wenn die Pia nicht kommt, dann stehe ich wieder ganz alleine da!”. So viel zum Thema “[Große Zustimmung bei der aktuellen pro-Köln-Infostandserie](#)“. Schon, wenn die Damen und Herren Populisten sich jetzt auch noch gegenseitig auf die Füße treten!

2. [2](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte [Till E.](#):

Au man(n)

Da schreibt die UBP doch auf ihren Plakaten “Politik kann ehrlich sein” 😞 Bei der UBP wohl “Kann”, bei mit = muss!!

Da schreibt die UBP doch auf ihren Plakaten "Einschulung nur mit Deutschkenntnisse" wollen die die Schulpflicht (rechts)widrig unterlaufen .

Interessant - die UBP hat wohl die meisten Plakate in Herten geklebt - alle sehr hoch hinaus - ne Menge sind schon unten ab Fuß der Laterne gelandet - was für ein Sinnbild, macht weiter so ubp ...

3. [3](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Nunja*:

Was wäre denn eure Lösung, wenn ein normaler Unterricht aus Mangel an Deutsch-Kenntnissen garnicht richtig stattfinden kann ?

4. [4](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *stan*:

Borsu Alinaghi, ist das ein deutscher Name?

Sind haben jetzt auch schon Rechtspopulisten Migrationshintergrund 😊

5. [5](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Stefan Laurin*:

@Nunja: Soweit darf es nicht kommen. Ich bin für einen verpflichtenden Kindergartenbesuch und entsprechenden Hilfsangeboten an Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Sprachproblemen. Das Abschieben von Kindern auf Sonderschulen ist der wirklich schlechteste Weg.

6. [6](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte *Jimmy*:

@Nunja: "Was wäre denn eure Lösung, wenn ein normaler Unterricht aus Mangel an Deutsch-Kenntnissen garnicht richtig stattfinden kann ?"

Ich zitiere hier gerade einen kleinen türkischen Jungen, der 1990 auf dem Schulhof auf meine Mutter (Grundschullehrerin) zukam und rief: "Frau X, wir haben einen neuen Schüler in der Klasse. Der ist aus Sachsen. Aber Deutsch kann der noch nicht!!!!"

Wobei ich als ernsthafte Antwort Stefan Laurin grundsätzlich zustimme. Kindergartenpflicht, Förderunterricht - und jetzt gehe ich weiter, klare und deutliche Ansagen an die Eltern, was die Wichtigkeit angeht, auch zu Hause deutsch zu sprechen. Außerdem Deutschkurse für Frauen mit Migrationshintergrund.

Die Kindergartenpflicht könnte man übrigens von einem Sprachverständnistest abhängig machen. Damit wären wir fast schon wieder bei den Sonderschulen - nur dass wir hier früher eingreifen und somit nicht den Weg für Regelschulkarrieren verbauen.

7. [7](#) Am 2. Juli 2009 kommentierte [Michael Baumeister](#):

Erst wenn radikale Parteien die Ausgrenzung popagieren, wird man plötzlich hellhörig.

Diese rechstpopulistischen Parteien fordern doch das, was in der Realität bereits passiert, die Ausgrenzung bestimmter Gruppen aus dem normalen Schulsystem.

Der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Sonderschulen ist ja auch jetzt überdurchschnittlich hoch, in einigen Regionen in NRW besuchen 1/3 der Kinder mit Migrationshintergrund Förderschulen.

Inklusive Schulbildung, individuelle Förderung aller Kinder an einer Schule passt einfach nicht in das ausgrenzende deutsche Schulsystem.

Die Fiktion, Lernen müsse in homogenen Lerngruppen erfolgen, ist gerade im konservativen Lager verbreitet, findet aber bei den meisten Menschen in unserem Land unhinterfragt Zustimmung.

Genauso scheint niemand sich daran zu stören, dass Kinder mit Behinderungen nach wie vor zu > 85 % in Sonderschulen ausgegrenzt werden, obwohl die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ein Menschenrecht auf inklusive Schulbildung definiert.

8. [8](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Manfred Michael Schwirske*:

Muss man auf rechtspopulistischen Schwachsinn mit weiterem, zudem illiberalem Schwachsinn antworten? Um quasi damit zu unterstreichen, dass an deren Forderung doch noch was richtiges sein könnte?

Ich meine damit folgendes: Kindergartenpflicht ist nicht. Weil verfassungswidrig.

9. [9](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Conoscenti*:

UIUIUI. Für die Überschrift mussten sich die Lügenbarone aber ganz schön ins Zeug legen. Wenn man sich die Forderung der UBP mal ganz durchliest, hört sich das schon ganz anders an:

“...Für die Unabhängige-Bürger-Partei hat das Bestehen von Chancengleichheit bei Schulbeginn absolute Priorität.

Zur Verbesserung der sprachlichen und sozialen Fähigkeiten ist es wichtig, dass Kinder – insbesondere solche mit nichtdeutscher Muttersprache – frühzeitig den Kindergarten besuchen. Daher möchte die UBP das erste Kindergartenjahr beitragsfrei machen, um den Eltern die Entscheidung über einen Kindergartenbesuch zu erleichtern.

Derzeit wird in NRW die Sprachkompetenz der Vierjährigen getestet mit anschließender Sprachförderung (Delfin 4). Es zeigt sich, dass das derzeitige System erhebliche Mängel aufweist...

Das Förderprogramm der Landesregierung hat also erhebliche Defizite und man muss davon ausgehen, dass nach wie vor Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden. Um das bisherige System zu ergänzen, fordern wir, dass das SchulG NRW dahingehend geändert wird, dass ein Jahr vor der Einschulung erneut ein verbindlicher Sprachtest bei allen Kindern durchgeführt wird. Darüber hinaus muss an den Grundschulen wieder der Schulkindergarten eingeführt werden. Kinder, bei denen ein Jahr vor der Einschulung Sprachdefizite vorliegen, sollen verpflichtet werden, den Schulkindergarten mit dazugehöriger Sprachintensivförderung zu besuchen.

Sollten Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung trotz Förderung immer noch keine ausreichende Sprachkompetenz besitzen, ist eine Einschulung in eine Förderschule erforderlich, mit der jederzeitigen Möglichkeit wieder zu einer allgemeinen Grundschule zu wechseln, sobald der Rückstand aufgeholt ist.”

Aber kann man von einem linken Blog soviel journalistische Korrektheit erwarten? Kaum. Daher wird auch Andreas Scholz als Kronzeuge herangezogen, der gerade mit seiner IWI gemeinsame Sache mit MilliGörüs-Fundamentalisten macht. Viel Spaß noch!

10. [10](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Stefan Laurin*:

@Conoscenti: Ich sage ja nicht dass die UBP ungeschickt ist. Keiner hat was dagegen, die Sprachfähigkeit von Kindern zu steigern - aber wenn am Ende Separation steht, ist klar dass es nicht um die Lösung von realen Problemen geht, sondern um Stimmungsmache gegen Migranten.

11. [11](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Jimmy*:

@Conoscenti: “Ich meine damit folgendes: Kindergartenpflicht ist nicht. Weil verfassungswidrig.”

Kurze Nachfrage: Wieso verfassungswidrig? Ich kann es mir jetzt einen Eingriff in den geschützten Bereich der Familie (und weitergehend in die freie Entfaltung der Persönlichkeit) vorstellen, aber das ist die Schulpflicht doch auch, oder?

12. [12](#) Am 3. Juli 2009 kommentierte *Manfred Michael Schwirske*:

Richtig Jimmy, nur definiert die Verfassung bei der Schulpflicht eben eine Ausnahme.

13. [13](#) Am 13. August 2009 kommentierte [Biedermanni mit Gerichtserfahrung » ruhrbarone](#):

[...] wollen Kinder die Probleme mit der deutschen Sprache haben in Sonderschulen abschieben und spielen sich als Saubermänner im Kampf gegen die angeblich hohe [...]

14. [14](#) Am 24. August 2009 kommentierte [Drogengerüchte um UBP Kandidat » ruhrbarone](#):

[...] haben. Und Kinder, die beim Schulantritt kein Deutsch kennen, sollen auf die Sonderschule abgeschoben [...]

BP-Landratskandidat wegen Betrugsvorwurfs zurückgezogen - Ruhrbarone

Veröffentlicht: [Oliver Mengedoht](#), [Ruhrgebiet](#) |

Na sowas, die Unabhängige Bürger-Partei (UBP) zieht ihre Landratskandidatur für den Kandidaten Carsten Müller nach nur vier Tagen zurück, obwohl sie ihn doch „langfristig an der Parteispitze aufbauen“ wollte – ihm wird nämlich Betrug vorgeworfen. „Der geschäftsführende Vorstand des UBP-Kreisverbandes Recklinghausen hat in einer Sondersitzung am gestrigen Abend über die bekannt gewordenen Vorwürfe gegen Carsten Müller beraten. Müller hat ebenfalls an der Sitzung teilgenommen und zu den Vorwürfen Stellung bezogen“, heißt es in der Pressemitteilung der Partei.

„Die Vorwürfe gegen Herrn Müller sind so prägnant, dass wir als Kreisvorstand die Entscheidung von Herrn Müller für richtig halten“, gibt selbst die UBP zu. Der 38-Jährige war erst vor vier Tagen von der UBP als Landratskandidat und Kandidat für den Castrop-Rauxeler Stadtrat vorgestellt worden. Nun fand man heraus, dass gegen den gebürtigen Castrop-Rauxeler in Kassel ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf „Stoßbetrügereien“ läuft.

Als Verantwortlicher einer Kasseler Niederlassung eines Computerhandelsunternehmens mit Sitz in Österreich soll er zusammen mit anderen in großem Stil Computerzubehör bestellt, nicht bezahlt, aber direkt wieder umgesetzt haben. Der Lieferant könne dann bei Nichtbezahlung seine Ware nicht mehr einziehen, da sie nicht mehr vorhanden sei, hat laut der WAZ der Kasseler Oberstaatsanwalt Michael Geidies erklärt. Insgesamt soll es um einen Schaden von bis zu 750.000 Euro gehen.

Im Sommer 2008 wurde Müller verhaftet, kam aber demnach gegen Kautions wieder frei. Müller rechtfertigt sich: „Fakt ist, dass ich nicht vorbestraft bin, gegen mich keine Anklage vorliegt und ich auch sonst in meinem Leben niemals jemandem bewusst schaden wollte.“ Sein polizeiliches Führungszeugnis sei „einwandfrei“. Gleichwohl bedaure er „außerordentlich den Schaden, den ich der UBP zugefügt habe, und ziehe meine Kandidatur für das Amt des Landrates und auch für den Rat der Stadt Castrop-Rauxel zurück.“

Die UBP betont, dass „es sich um kein Schuldeingeständnis handelt“, doch Müller müsse auch an seine Familie und seine berufliche Zukunft denken“ Es wäre fatal, wenn Herr Müller auf diesem Pulverfass bis zur Wahl sitzen bleibt.“ Die Partei geht davon aus, „dass die Vorwürfe zum Jahresende erledigt sind und Herr Müller rehabilitiert wird.“

Der Kreisvorstand hat einstimmig beschlossen, dem schillernden und stadtbekanntem Dr. Dr. Joachim Seeger seinen Segen zu erteilen. Dem UBP-Kreisparteitag soll am 12. Februar nicht wie eigentlich geplant Müller, sondern der „berühmte“ 49-jährige stellvertretende Vorsitzende der UBP Recklinghausen – er war im Oktober 2008 beigetreten – und Vorsitzende der Alten Bürgerschützengilde sowie der Karnevalsgesellschaft Poahlbürger als neuer Kandidat für den Posten des Landrats vorgeschlagen werden.

Seegers Lebensplanung sah eigentlich anders aus (der Vorsitzende der Alten Bürgerschützengilde Recklinghausen von 1387 gab im August bekannt, dass er „aus beruflichen, zeitlichen und familiären Gründen auf der Jahreshauptversammlung im April 2009 nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden kandidieren wird“): Aber „die UBP ist

programmatisch so gut aufgestellt, dass ich nach kurzer Beratung mit meiner Familie zugesagt habe und das Amt mit großem Engagement erfüllen werde.“ Er freue sich auf die nächsten Monate und die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern. „In einem offenen und fairen Wettstreit will ich sachlich um die besten Konzepte streiten und für die UBP ein gutes Wahlergebnis erreichen.“

UBP-Kreisvorsitzender Tobias Köller ist „froh, dass wir so schnell und so einmütig zu einem guten Ergebnis für alle Beteiligten gekommen sind. Aber auch Krisen sind Chancen und wenn sie in der Form gemeistert werden, macht mich und die UBP das zuversichtlich.“

Der Castrop-Rauxeler ist damit freilich noch nicht aus der Geschichte heraus: „Es wird noch eine Zeit lang dauern, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind“, soll der Staatsanwalt der WAZ gesagt haben. Müller selbst sieht sich dagegen als Opfer. „Ich bin da in eine ganz unglückliche Sache hineingeraten.“ Jeder mache mal Fehler und müsse eine zweite Chance bekommen. Er geht davon aus, dass er nicht verurteilt wird. „Ich bin ein Mensch des öffentlichen Lebens und eine Unternehmerpersönlichkeit und will dem Kreis und Castrop-Rauxel helfen, um Arbeitsplätze hier anzusiedeln.“

Müller, langjähriges CDU-Mitglied, war erst im letzten Monat zur UBP gewechselt. Er sei sogar ins Zeugenschutzprogramm aufgenommen worden, weil er mit Leuten zusammengekommen sei, „die wegen Körperverletzung, Urkundenfälschung und Mordes hinter Gittern sitzen“, so der kurzzeitige Landratskandidat. Falls es doch zu einer Verurteilung kommen sollte, könne er sich vorstellen, „dass ich die Kandidatur zurückziehen würde.“

Dem ist die UBP jetzt zuvorgekommen. Warum? Für sie war Müller doch „keine Lösung bis zum 7. Juni, sondern weit darüber hinaus“. Der Castrop-Rauxeler, so hieß es noch vor wenigen Tagen in einer Pressemitteilung, „soll durch seine verbindliche Art langfristig an der Spitze der UBP aufgebaut werden und auch in kommenden Wahlkämpfen an exponierter Stelle kandidieren.“

Veröffentlicht am Mittwoch, 4. Februar 2009 um 03:02 Uhr, [Oliver Mengedoht, Ruhrgebiet](#). Du kannst alle Reaktionen auf diesen Eintrag durch » [RSS 2.0](#) verfolgen. Du kannst » [kommentieren](#), oder per » [trackback](#) von Deiner eigenen Seite aus reagieren.

Es gibt augenblicklich 6 Kommentare zu dieser Veröffentlichung

1. [1](#) Am 4. Februar 2009 kommentierte *tina*:

Unglaublich. Dabei war Herr M. auch immer ein Vorbild, wenn es darum ging, sich nicht unterkriegen zu lassen, nach einer gescheiterten Unternehmung gleich in die nächste zu investieren.

2. [2](#) Am 4. Februar 2009 kommentierte *jan*:

Er gibt sich wirklich, auf seine so verbindliche Art, große Mühe zu vergessen! Sonst wäre ihm sicherlich seine Bewährungsstrafe wegen Insolvenzverschleppung nicht entfallen.

3. [3](#) Am 5. Februar 2009 kommentierte *jens*:

Lieber Jan,

war es nicht Steuerhinterziehung? Die Ruhrnachrichten jedenfalls schreiben: "In Bochum war er vor gut einem Jahr wegen Steuerhinterziehung zu einer Bewährungsstrafe von 22 Monaten verurteilt worden."

Demnach verbüßt er zur Zeit noch eine Bewährungsstrafe.

4. [4](#) Am 5. Februar 2009 kommentierte *jan*:

Asche auf mein Haupt! Bei div. Insolvenzen geht da allerdings neben der Steuerhinterziehung, soweit mir bekannt, noch so ein kleiner Betrug mit einem verschwundenen BMW voraus. 1999 oder 2000. Hatte aber laut seiner Aussage keinerlei Einfluss auf sein blütenreines polizeiliches Führungszeugnis. Da fragt man sich doch, ob er im Zeugenschutzprogramm war oder die Zeugen vor ihm geschützt werden sollten.

5. [5](#) Am 6. Februar 2009 kommentierte *Klausj*:

Scheinbar ist die UBP das Auffangbecken für Verbrecher und gescheiterte Existenzen. Herr Köller hat schon früh erkannt, dass man mit einer Partei eine Menge Gelder und gute Kontakte abzocken kann.

Das nun auch ein Herr Müller seinen Weg dorthin gefunden hat, kann Niemanden wundern.

Man sollte alle Mitglieder der UPB genau überprüfen.

6. [6](#) Am 16. Februar 2009 kommentierte *Kathi*:

Mann, Mann, Mann, das ist ja sehr interessant, was der Herr Müller so alles treibt... Mich würde ja mal interessieren, was es mit dem gestohlenen BMW auf sich hat! Habt Ihr da vielleicht noch nähere Infos?

UBP-Kandidaten wollen keine Kandidaten sein

WAZ [Kommunalwahl](#), 22.08.2009, Thomas Schmitt



Marl. Vier Kandidaten der Unabhängigen-Bürger-Partei (UBP) behaupten, ungefragt für einen der 25 Stimmbezirke nominiert worden zu sein. Unterschrieben hätten sie lediglich Unterstützenlisten. Die UBP hält dagegen.

Wahlplakat der UBP © Foto-WAZ: Reiner Kruse

Vier Kandidaten der Unabhängigen-Bürger-Partei (UBP) behaupten, ungefragt von der Partei für einen der 25 Stimmbezirke nominiert worden zu sein. Martin Rother (53, Wahlbezirk 8, Hamm), Carsten Wiedenhöfer (18, B 20,

Brassert) und sein Bruder Steffen (23, B 22, Alt-Marl) sowie Sascha Hardemeyer (21, B 21, Brassert) wollen lediglich Unterstützerlisten und keine Formulare zur Kandidatur unterschrieben haben.

„Sie haben expressis verbis das Formblatt zur Kandidatur unterschrieben“, sagt Wahlleiterin Dr. Barbara Duka. Sie ist der Sache nachgegangen und hat in zwei Fällen auch die Unterschriften geprüft. „Es gibt keinen Anhaltspunkt für eine Fälschung.“

Der UBP ist das zu wenig. Stadtverbands-Vorsitzender Jörg Köper und Kreis-Chef Tobias Köller vermuten zu Recht, dass der Eindruck entstanden ist, die Unterschriften seien nicht ordnungsgemäß eingeholt worden. „Diesem Vorwurf“, so Köper, „treten wir entschieden entgegen“.

Er fordert Dr. Duka auf „alle 25 Unterschriften zu überprüfen und das Ergebnis zeitnah zu veröffentlichen“. Tobias Köller äußerte gegenüber der WAZ, es sei von politischen Gegnern und von dem Chef eines Lehrlings gezielt Druck auf die jungen Kandidaten ausgeübt worden, damit sie ihre Kandidatur zurückziehen.

4 Kommentare

Ziemlich undurchsichtig, was in diesem unseriösen Haufen so vor sich geht ... aber wenn sich jetzt schon vier "Kandidaten" (von 25) öffentlich distanzieren und in Marl die Bürger aufrufen, sie NICHT zu wählen, ist das wohl der Publicity-Genickbruch für Köper, Köller und Konsorten.

[#1](#) von demo.kratie, am 21.08.2009 um 20:16

Diese rechtspopulistische Vereinigung kann nur - wie auch die rechtsextremen Parteien - ihre Wahlkreise besetzen, wenn sie Betrunkene zu einer "Unterstützerunterschrift" bittet, während diese unfreiwilligen Kandidaten gar nicht wissen, dass sie eine Kandidatur unterschreiben.

[#2](#) von menschengenrechts, am 22.08.2009 um 09:03

... weiß ich nicht, ob es angemessen ist die betroffenen, unbescholtenen Bürger jetzt als "Betrunkene" abzutun. Man kennt das ja "hier müsse unterschreiben... und da auch noch ma..." und schwupps ist man nicht nur harmloser Unterstützer, sondern unfreiwilliger Kandidat. Und ist geschockt, eines Morgens für die Knaller-Truppe in der Zeitung zu stehen. Also da sollte Frau Dr. Duka mal nachhaken, gefälscht sind die Unterschriften wohl nicht, wie man liest, aber sind sie auch redlich erworben??? Die Betroffenen werden es ja wohl wissen und hätten sich nicht distanziert, wenn sie wie von der UPB behauptet alle "100% hinter dem Programm" stehen würden... ähh, welches Programm übrigens? ;-)

[#3](#) von demo.kratie, am 22.08.2009 um 13:57

Wer solche Leute wählt, trägt Mitverantwortung daran, dass eine Stadt politisch nicht mehr geprägt werden kann. Also besser das kleinere Übel wählen und klare Verhältnisse schaffen. Dies ist im übrigen eine Aufforderung eine der großen Volksparteien zu wählen.

[#4](#) von [lerchenmann](#), am 24.08.2009 um 11:30

AUF EIN WORT

**Verräterische
Saubermänner**

(BMH) Mit verunglimpfenden Flugblättern Politik zu betreiben, darin haben die selbst ernannten Saubermänner der Unabhängigen Bürger-Partei reichlich Übung.

Im aktuellen Fall geht es gegen Migrantenkinder. Sie werden quasi als Wurzel allen Übels an der Goetheschule hingestellt. Leidtragende seien „unsere heimischen Kinder.“ Auch wenn die Herren Alinaghi und Radziej als Unterzeichner das „braune“ Vokabular haarscharf umschiffen, so ist ihr Stil doch allzu verräterisch.

Natürlich gibt es in Hertener immer noch viele Kinder – deutsche und ausländische – mit Sprachproblemen. Doch ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, weil sie schon ab dem Kindergarten gefördert und später in gemischten Klassen unterrichtet werden.

Das lässt die UBP außer Acht, weil dieser Teil der Statistik nicht zur Hetze taugt. Sie konstruiert sich lieber Argumente dafür, den hohen Ausländeranteil in einigen Ortsteilen auch noch auf die dortigen Schulen zu übertragen. Sie forciert eine Ghettoisierung, um andere Schulen möglichst ausländerfrei zu machen. Letztlich wird die UBP dann über Defizite bei der Integration klagen. Wahrscheinlich mit Schmuddel-Flugblättern. Gut, dass es mutige Bürger wie die Eheleute Mauelshagen gibt, die gegen dieses Gedankengut die Stimme erheben.

Rassismus-Vorwurf gegen die UBP

Partei macht Migrantenkinder für Sprachprobleme verantwortlich

VON FRANK BERGMANNSHOFF

DISTELN. Ein Wurfzettel der Unabhängigen Bürger-Partei (UBP) sorgt für Unruhe. In dem Papier werden Migrantenkinder für den erhöhten Sprachförderbedarf an der Goetheschule verantwortlich gemacht. Ein Ehepaar erkennt darin eine rassistische Sichtweise und hat sich bei Bürgermeister Dr. Uli Paetzel beschwert.

In dem Flugblatt, das an Distelner Haushalte verteilt wurde, verweisen die UBP-Ratsleute Borsu Alinaghi und Lars Radziej auf eine Statistik. Derzufolge nimmt die Goethe-

schule beim Sprachförderbedarf der Hertener Grundschulen den schlechtesten Platz ein. Das sei der Fall, weil täglich „Migrantenkinder vom Paschenberg mit Bussen zur Goetheschule gebracht“ würden. Wegen der Sprachprobleme, so die UBP, verlaufe der Unterricht „schleppend“. In dem Flugblatt heißt es: „Die SPD betreibt eine örtliche Bildungspolitik zu Gunsten von Migrantenkinder auf dem Rücken unserer heimischen Kinder.“ Die Partei fordert,

- ◆ dass Migrantenkinder in den Pausen ausschließlich Deutsch sprechen;
- ◆ Kinder mit Sprachproblemen nicht einzuschulen;
- ◆ Migrantenkinder nicht zu

Schulen in anderen Ortsteilen zu fahren.

Das Distelner Ehepaar Maren und Ralf Mauelshagen ist wütend über das Flugblatt: „Mit großer Bestürzung haben wir den Wurfzettel der UBP gelesen. Für die Art und Weise, wie hier Kinder mit Migrationshintergrund gegen ‚unsere heimischen Kinder‘ ausgespielt werden, fehlt uns jegliches Verständnis.“ Die Mauelshagens sehen die Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes (Menschenwürde, Menschenrechte) verletzt. Sie werfen der UBP vor, den Sachverhalt zu verzerren. Denn in der Statistik stehe auch, dass 93 Prozent der Erstklässler die Inhalte des Unterrichts verstehen – etwa

30 Prozent mehr als vor sechs Jahren. Dass zunehmend deutsche Kinder Sprachprobleme haben, werde in dem Flugblatt ebenfalls ausgeblendet, betonen Maren und Ralf Mauelshagen. Ferner lasten sie der UBP an, keine Lösungen anzubieten: „Verantwortungsvolle Politikgestaltung stellen wir uns anders vor.“

Das Ehepaar hat die in der Gemeindeordnung (§ 24) verankerte Möglichkeit genutzt, eine Beschwerde an Bürgermeister Dr. Uli Paetzel und den Hertener Rat zu richten. Maren und Ralf Mauelshagen: „Wir wollen damit unsere Bestürzung kundtun. Hertener hat keinen Platz für Rassismus.“

—siehe Auf ein Wort